



Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt

Beschluss

Nr. **04/02/52G**
vom **21.01.2004**
P992457

Initiative für die "Aufhebung des Verbotes von City Parkings und zur Förderung einer vernünftigen Verkehrsplanung"

Bericht der UVEK Nr. 9297 vom 02.12.2003

- ://:
1. Der Gegenvorschlag der UVEK wird abgelehnt
 2. Dem vorgelegten Beschlussentwurf zur Initiative wird mit einer Änderung zugestimmt.

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, auf Antrag die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission beschliesst:

I.

Die von 4'923 im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten eingereichte, vom Grossen Rat in seiner Sitzung vom 7. Juni 2000 an den Regierungsrat überwiesene "Initiative für die Aufhebung des Verbotes von City Parkings und zur Förderung einer vernünftigen Verkehrsplanung" ist, sofern sie nicht zurückgezogen wird, der Gesamtheit der Stimmberechtigten mit der Empfehlung auf **Annahme** vorzulegen.

II.

Der Text des Initiativbegehrens lautet:

"Initiative für die Aufhebung des Verbotes von City-Parkings und zur Förderung einer vernünftigen Verkehrsplanung"

Volksinitiative zur Aufhebung des Gesetzes gegen den Bau von öffentlichen Autoparkgaragen in der Innenstadt vom 21. März 1990

Die Veröffentlichung im Kantonsblatt erfolgte am 21. April 1999

Gestützt auf §28 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 2. Dezember 1889 reichen die unterzeichneten, im Kanton Basel-Stadt wohnhaften Stimmbürgerinnen und Stimmbürger folgende Initiative ein:

Das Gesetz gegen den Bau von öffentlichen Autoparkgaragen in der Innenstadt vom 21. März 1990 wird aufgehoben."

III.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

| Ablage: